

Stadt Leverkusen

NIEDERSCHRIFT

über die 12. Sitzung (19. TA)

des Kinder- und

Jugendhilfeausschusses

am Donnerstag, 10.11.2022,
Verwaltungsgebäude, Goetheplatz,
1. OG, Raum 107
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19.30 Uhr

Anwesend:

Mitglieder des Rates und in der Jugendhilfe erfahrene und tätige Männer und Frauen

Stefan Hebbel	CDU - Vorsitzender
Paloma Krassa	CDU
Marco Sahler	SPD
Lena-Marie Pütz	SPD
Christoph Kühl	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Irina Prüm	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Vincent Naseband	BÜRGERLISTE
Peter Gelshäuser	OP
Cornelia Besser	FDP

Vertreter aus dem Bereich der freien Träger der Jugendhilfe und dem Bereich der Wohlfahrtsverbände

Axel Zens	Arbeiterwohlfahrt
Simon Kierdorf	Bund der Deutschen Kath. Jugend
Agnes Dahlem	Caritasverband Leverkusen e. V.
Oliver Elsholz	Kinder- und Jugendring

Beratende Mitglieder gem. § 4 Abs. 3 der Satzung für den Fachbereich Kinder und Jugend

Marc Adomat	Stadtdirektor/Beigeordneter
Michael Küppers	Kinder und Jugend (51)
Cornelia Richrath	Gleichstellungsbüro (03)
Sören Schultes	Polizei
Michael Hirth	Katholische Kirche
Rabia Taskesen	Integrationsrat
Helmut Ring	Paritätischer Wohlfahrtsverband

Anwesend von der Verwaltung:

Melanie Offermann	Dezernat IV
Sabine Jarosch	Kinder und Jugend (51)
Tanja Groh-Mers	Kinder und Jugend (51)
Angelika Herbertz	Kinder und Jugend (51)
Katharina Baarhs	Kommunales Bildungsbüro
Lisa Heider	Dez. IV
Sarah Kinzel	Stadtelternrat
Eileen Janßen	Sachgebiet Prävention
Daniela Lindemann	Sachgebiet Prävention
Stefanie Grube	Sachgebiet Prävention

Schriftführung:

Kai Uckert	Kinder und Jugend (51)
------------	------------------------

Es fehlen:

Hans Höroldt	Diakonisches Werk
Veronika Kuffner	Evangelische Kirche
Anja von Hebel	Schulen (40) Förder- und Trägerverein freie Jugendzen- tren
Petra Clemens	Ev. Jugend
Jeanna Klossek	Amtsgericht
Torsten Heymann	Agentur für Arbeit Leverkusen
Vera Niederle	Jugendamtselternbeirat
Sandra Quell	Deutsches Rotes Kreuz
Dr. Josef Peters	Kinder- und Jugendring
Oliver Elsholz	

Tagesordnung

<u>Öffentliche Sitzung</u>	<u>Seite</u>
1	Eröffnung der Sitzung4
2	Niederschriften4
3	Einrichtung einer Ombudsstelle im Stadtgebiet von Leverkusen - Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 08.10.2022 - Nr.: 2022/1823.....4
4	Arbeit Ring politischer Jugend (RPJ) und Start vom Projekt Jugendstadtrat - Antrag der FDP-Fraktion vom 24.08.2022 - Nr.: 2022/17455
5	Kindertagespflege - Antrag der CDU-Fraktion vom 27.10.2022 - Nr.: 2022/18396
6	Medienausstattung der Kitas und Jugendhäuser - Nr.: 2022/1802.....6
7	Dringend notwendige Ausstattung der Schulen in Leverkusen mit Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern - Antrag der Fraktionen CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 03.11.2022 - m. Stn. v. 10.11.2022 - Nr.: 2022/1857.....7
8	Dauerhafte Etablierung eines Jugendstadtrates - Antrag der Klimaliste Leverkusen vom 27.10.2022 - Nr.: 2022/18457
9	Anpassung der Elternbeitragssatzung für die Betreuung in einer Tageseinrichtung für Kinder - Antrag der SPD-Fraktion vom 03.11.2022 - Nr.: 2022/1859.....8
	Bericht der Schulrätin zur Präventionsarbeit (in Zusammenhang mit den Ergebnissen der aktuellen Bildungsstudie) und Ausweitung des Projekts "Frühstart"9
	Bericht der Schulrätin zur Beschulung Geflüchteter9
	Vortrag Frühe Hilfen/Sachgebiet Prävention9
	Vortrag "Kein Abschluss ohne Anschluss" (KaoA)/Kommunale Koordinierungsstelle Übergangssystem Schule-Beruf.....9
	Berichterstattung zum Kinderschutz in Leverkusen.....9
	Bericht des Dezernenten10
	Zusatzanfragen zum Mitteilungsblatt z.d.A.: Rat (ab lfd. Nr. 7/2022).....10

Öffentliche Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, Rh. Stefan Hebbel (CDU), eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2 Niederschriften

Der Ausschuss nimmt die Niederschrift zur 11. Sitzung (19. TA) vom 01.09.2022 zur Kenntnis.

3 Einrichtung einer Ombudsstelle im Stadtgebiet von Leverkusen - Antrag der Fraktion BÜRGERLISTE vom 08.10.2022 - Nr.: 2022/1823

Herr Küppers (Fachbereich Kinder und Jugend) weist darauf hin, dass im Zuge des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes, welches Mitte 2021 in Kraft getreten ist, im § 9a den Ländern auferlegt wurde, eine solche Ombudschaft vorzuhalten. In NRW gibt es den Ombudschaft Jugendhilfe NRW e. V. Dort partizipieren auch einige freie Träger.

Auf der Homepage des Landesjugendamtes gibt es Kontaktdaten, über die sich sowohl Kinder und Jugendliche, als auch deren Eltern zur Beratung an den Verein hinwenden können. Wenn es beispielsweise Probleme in Einrichtungen der Jugendhilfe gibt, Kinder Beratung wünschen oder sich nicht verstanden fühlen oder wenn Eltern der Meinung sind, nicht die Leistung zu bekommen, die Ihnen zusteht. Das gilt u. a. auch für Jugendhilfeleistungen, der Stadt Leverkusen und der kooperierenden freien Träger der Jugendhilfe.

Die freien Träger sind darüber hinaus gefordert, wenn es stationäre Angebote gibt, ein Beschwerdemanagement sicherzustellen. Auch das Jugendamt (hier zu fördern der Allgemeine Soziale Dienst und der Pflegekinderdienst) ist Ansprechpartner für Kinder und Jugendliche und deren Pflegefamilien, sollte es Probleme geben.

Herr Küppers (Fachbereich Kinder und Jugend) sieht in der Ombudschaft Jugendhilfe NRW e. V., in Verbindung mit den genannten örtlichen Beschwerdemöglichkeiten, eine entsprechende Struktur geschaffen. Eine Verlinkung zum Verein Ombudschaft Jugendhilfe NRW e. V. soll auf der städtischen Homepage eingerichtet werden.

Frau Prüm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) schließt sich den Ausführungen von Herrn Küppers (Fachbereich Kinder und Jugend) an und spricht sich für die weitere Bewerbung der Bewerbung aus.

Der Ausschussvorsitzende, Rh. Stefan Hebbel (CDU), stellt den Antrag zur Abstimmung.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag

dafür: 1 (BÜRGERLISTE)
dagegen: 11 (2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 OP, 1 FDP, 2 CDU,
2 SPD, 3 Sonstige)

Protokollnotiz:

Die Ombudschaft Jugendhilfe NRW e. V. soll bekannter gemacht werden.

- 4 Arbeit Ring politischer Jugend (RPJ) und Start vom Projekt Jugendstadtrat
- Antrag der FDP-Fraktion vom 24.08.2022
- Nr.: 2022/1745

Frau Krassa (CDU) lobt den Antrag. Sie schlägt einen Änderungsantrag vor. Unter Punkt 1 solle beispielsweise hinzugefügt werden „Die mietfreie Nutzung städtischer Versammlungsorte gilt nur für die gemeinschaftliche Nutzung der Mitglieder des RPJ“.

Herr Zens (Arbeiterwohlfahrt) merkt an, eine Sonderstellung des RPJ wäre, wegen des Gleichheitsgrundsatzes, für einen nicht anerkannten Träger, nicht möglich. Die Förderung aller anderen nicht anerkannten Träger in gleichem Maße wäre die Folge. Dies müsse bedacht werden.

Rh. Kühl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) teilt diese Bedenken nicht, sieht aber die Parteien selbst für eine ausreichende Finanzierung ihrer Jugendorganisationen verantwortlich und spricht sich insofern gegen den Antrag aus.

Rf. Pütz (SPD) stimmt Herrn Zens (Arbeiterwohlfahrt) Argument zu.

Der Ausschussvorsitzende, Rh. Stefan Hebbel (CDU), stellt den Antrag zur Abstimmung.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag

dafür: 3 (1 FDP, 2 CDU)
dagegen: 8 (2 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, 1 OP, 2 SPD, 3 Sonstige)
Enth.: 1 (BÜRGERLISTE)

- 5 Kindertagespflege
- Antrag der CDU-Fraktion vom 27.10.2022
- Nr.: 2022/1839

Frau Besser (FDP) fragt, nach unten genanntem Vorschlag der Verwaltung, ob Privatleute, die ihre Wohnung zur Verfügung stellen, entlastet werden.

Rh. Kühl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) spricht sich für eine schriftliche Vorbereitung des Sachverhalts für den Finanz- und Digitalisierungsausschuss aus.

Beschlussempfehlung an den Rat:

Wie Antrag

- einstimmig -

Protokollnotiz, Vorschlag der Verwaltung:
Herr Küppers (Fachbereich Kinder und Jugend) spricht sich analog der Bundesregelung für eine Pauschale pro Gruppe aus. Konkret heißt das 300 € als Entlastung pro Tagespflegegruppe. Diese sollen einmal für das letzte Quartal 2022 und einmal für das erste Quartal 2023 fällig werden.

Der Ausschussvorsitzende, Rh. Stefan Heibel (CDU), ergänzt, dass eine Doppelunterstützung bei Privatleuten, die Tagespflege betreiben und einerseits das Energiegeld bekommen und möglicherweise eine doppelte Unterstützung durch o. g. Vorschlag erhalten, vermieden werden soll.

- 6 Medienausstattung der Kitas und Jugendhäuser
- Nr.: 2022/1802

Frau Besser (FDP) beantragt die Aufnahme der Vorlage in die Beratungsreihenfolge des Finanz- und Digitalisierungsausschusses und Haupt- und Personalausschusses.

Frau Maus (Fachbereich Schulen) erläutert, dass es sich um eine Umstrukturierungsmaßnahme und eine innere Verwaltungsangelegenheit handelt. Die Fördertöpfe befinden sich im schulischen Bereich und insofern können diese selbstständig zur Verfügung gestellt werden. Die Vorlage betrifft somit um die fachlich/inhaltliche Frage. Die weiteren Gegebenheiten zum Haushalt, wenn es um die Stellen geht, sind noch einmal zu beraten.

Beschluss:

1. Die Kindertagesstätten sowie die Jugendhäuser der Stadt Leverkusen erhalten in den nächsten fünf Jahren sukzessive eine Medienausstattung, die es ihnen ermöglicht, eine altersgerechte Medienbildung anzubieten.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, zum ersten Beratungsturnus 2024 einen „Leitfaden zur Ausstattung der Kindertagesstätten und Jugendhäuser mit Informationstechnologien/digitalen Medien“ - inklusive Finanzplanung - vorzulegen.
3. Der Kinder- und Jugendhilfeausschuss nimmt die beabsichtigte Neuausrichtung des TUI-Bereiches Dez. IV/Fachbereich Schulen (FB 40) und Fachbereich Kinder und Jugend (FB 51) zur Kenntnis und fordert die Verwaltung auf, diese zeitnah umzusetzen.

- einstimmig -

- 7 Dringend notwendige Ausstattung der Schulen in Leverkusen mit Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern
- Antrag der Fraktionen CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 03.11.2022
- m. Stn. v. 10.11.2022
- Nr.: 2022/1857

Herr Hirth (Katholische Kirche) möchte eine erneute Überprüfung des Bedarfs einiger Standorte. Diese sind die Montanus-Realschule, die Berufskollegs Wirtschaft und Verwaltung, das Geschwister-Scholl Berufskolleg, die Realschule Am Stadtpark, die Hauptschule Im Hederichsfeld und die katholische Grundschule Remigius.

Da die Verwaltung die Bedarfe entsprechend abgefragt hat, ist insoweit Irritation entstanden, als dass sich eine Divergenz zwischen den Rückmeldungen der Schulen an die Verwaltung und an Herrn Hirth (Katholische Kirche) ergeben hat.

Der Ausschussvorsitzende, Rh. Stefan Heibel (CDU), schlägt eine bilaterale Auseinandersetzung zwischen dem zuständigen Fachbereich und den Schulen, bzw. der Katholischen Jugendagentur, um den Sachverhalt aufzuklären.

Beschlussempfehlungen an den Rat:

Wie Antrag

- einstimmig -

- 8 Dauerhafte Etablierung eines Jugendstadtrates
- Antrag der Klimaliste Leverkusen vom 27.10.2022
- Nr.: 2022/1845

Der Antragsteller, Rh. Rees (Klimaliste Leverkusen), führt den Antrag aus.

Herr Stadtdirektor Adomat (Dez. IV) führt aus, eine Fortsetzung des Projekts sei bereits beschlossen und der Antrag damit überflüssig. Der Leiter des Projekts, Herr Frädriich (Fachbereich Kinder und Jugend) hat nach allgemeiner

Wahrnehmung sehr gute Arbeit geleistet. Die Jugendlichen waren davon und insbesondere von Herrn Frädlich als Person sehr begeistert. Die Dauer des Projekts von drei Tagen war aufgrund von Unterrichtszeiten ohnehin ein Kompromiss und eine Verlängerung schließe sich deshalb aus.

Rh. Kühl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) spricht sich gegen den Antrag aus, weil er gegen den ursprünglichen Gedanken des Projekts ist. Es sollen vor allem Jugendliche erreicht werden, die nicht bereits politisch engagiert sind.

Herr Sahler (SPD) beantragt die Erledigung des Antrags, da eine jährliche Durchführung des Jugendstadtrats bereits im ursprünglichen Antrag vorgesehen sei.

Der Ausschussvorsitzende, Rh. Stefan Hebbel (CDU), stellt die Erledigung des Antrags zur Abstimmung:

- einstimmig -

- 9 Anpassung der Elternbeitragsatzung für die Betreuung in einer Tageseinrichtung für Kinder
- Antrag der SPD-Fraktion vom 03.11.2022
- Nr.: 2022/1859

Rf. Pütz (SPD) erläutert die Intention des Antrags. Wichtig war, die Besser- und Bestverdienenden mehr zu belasten und die Familien mit unteren und mittleren Einkommen zu entlasten. Eine regelmäßige Überarbeitung soll außerdem hinfällig gemacht werden. Die Staffelung der Elternbeiträge soll sich an der Beitragsbemessungsgrenze (BBG) orientieren und das mit einem gewissen Abstandsgebot zur BBG in der gesetzlichen Rentenversicherung.

Herr Stadtdirektor Adomat (Dez. IV) erklärt, ein externer Berater wurde bereits hinzugezogen und würde den Antrag gerne mit in die Diskussion nehmen.

Frau Prüm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) war über den Antrag verwundert, da ergebnisoffen in den Arbeitskreis gegangen werden sollte. Sie ist unsicher, ob der im Antrag beschriebenen jährlichen Anpassung und der Höhe der oberen Grenze der BBG. Das Rutschen in immer höhere Beitragsstufen zweifelt sie an. Die Beurteilung als ungerecht, dass wenn zwei Vollzeit arbeitende Eltern in die höchste Stufe eingruppiert werden, teilt sie nicht, da sich die Einteilung ja rein an Finanzkraft bemisst. Sie stimmt zu, die unteren Einkommensgruppen zu entlasten. Die Stichtagsregelung hat nichts mit den Elternbeiträgen zu tun, muss sich darauf also auch nicht auswirken. Sie Spricht sich für eine Analyse der realen Kosten aus, um auf deren Basis letztlich Entscheidungen zu treffen.

Frau Besser (FDP) und Frau Krassa (CDU) schließen sich Frau Prüm (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) an und sprechen sich für die Ablehnung des Antrags aus.

Rh. Kühl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) spricht sich für einen Verweis des Antrags aus.

Der Ausschussvorsitzende, Rh. Stefan Hebbel (CDU), stellt die Vertagung des Antrags zur Abstimmung:

dafür: 10 (1 BÜRGERLISTE, 1 OP, 1 FDP, 2 CDU, 2 SPD,
3 Sonstige)
dagegen: 2 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bericht der Schulrätin zur Präventionsarbeit (in Zusammenhang mit den Ergebnissen der aktuellen Bildungsstudie) und Ausweitung des Projekts "Frühstart"

Die Schulrätin Frau Gatz führt ihren Bericht in Zusammenarbeit mit Katharina Baarhs (Kommunales Bildungsbüro) aus. Es gab keine Fragen.

Bericht der Schulrätin zur Beschulung Geflüchteter

Die Schulrätin Frau Gatz führt ihren Bericht in Zusammenarbeit mit Katharina Baarhs (Kommunales Bildungsbüro) aus. Es gab keine Fragen.

Vortrag Frühe Hilfen/Sachgebiet Prävention

Eileen Janßen und Daniela Lindemann (Sachgebiet Prävention) halten ihre Präsentation. Es gab keine Fragen. Herr Küppers (Fachbereich Kinder und Jugend) fügt an, die Frühen Hilfen in Leverkusen stehen im Vergleich sehr gut da und haben eine vorbildhafte Außenwirkung.

Vortrag "Kein Abschluss ohne Anschluss" (KaoA)/Kommunale Koordinierungsstelle Übergangssystem Schule-Beruf

Frau Besser (FDP) regt an, den Vortrag auch noch einmal dem Schulausschuss zu präsentieren. Frau Herbertz (Fachbereich Kinder und Jugend) signalisiert Bereitschaft.

Berichterstattung zum Kinderschutz in Leverkusen

Herr Küppers (Fachbereich Kinder und Jugend) stellt den Aufbau eines Berichtswesens in Aussicht und berichtet, seit Anfang 2022 (Januar bis September) gab es 340 Fälle von Kindeswohlgefährdungsmeldungen nach 8a. Dies sind 56 Fälle mehr als im gesamten Jahr 2021. Zum Stichtag 13.10.2022 sind 42 % dieser Fälle bereits abgeschlossen. Von diesen Fällen endeten 4 Fälle in Inobhutnahmen nach §42 SGB 8. 200 von den 340 Fällen sind von der Polizei gemeldet worden. 38 % der gemeldeten Fälle wurden

innerhalb der ersten zwei Monate fertigstellend bearbeitet.

Rh. Kühl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) fragt nach, wie der Anstieg an gemeldeten Fällen zu erklären ist.

Frau Groh-Mers (Fachbereich Kinder und Jugend) erläutert, dass fast 100 % der von der Polizei gemeldeten Fälle häusliche Gewalt betreffen.

Bericht des Dezernenten

Es wurde kein Bericht vorgetragen.

Zusatzanfragen zum Mitteilungsblatt z.d.A.: Rat (ab lfd. Nr. 7/2022)

Es bestehen keine Fragen.

Der Vorsitzende, Rh. Stefan Hebbel (CDU), schließt die Sitzung gegen 19:30 Uhr.

gez.

Rh. Stefan Hebbel
Vorsitzender

gez.

Kai Uckert
Schriftführer